

September 2016

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Wirtschaftliche Lage weiterhin sehr zufriedenstellend.....	3
Steuermehrnahmen: Mehrheit für Investitionen	4
Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit überwiegt weiterhin.....	5
Regierungskoalition in der Kritik	6
Politikerbewertung: Spitzenplätze für Steinmeier, Schäuble und Kretschmann	7
Vier von zehn SPD-Anhänger sehen Kanzlerkandidatur Gabriels skeptisch..	9
Kanzler-Direktwahl: Merkel rund 20 Punkte vor Gabriel	11
Parteikompetenzen: Regierungsparteien verlieren sachpolitisch an Zutrauen	12
Sonntagsfrage: Regierungskoalition stabil, AfD drittstärkste Kraft.....	14
Bewertung von Koalitionen: Fast jeder Zweite findet Schwarz-Grün gut	16
Einsatz der Bundeswehr im Inneren weithin befürwortet	17
Breite Mehrheit für ein Verbot der Vollverschleierung.....	18

ARD – DeutschlandTREND September 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum	29. bis 30. August 2016 Sonntagsfrage: 29. bis 31. August 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird von der Bevölkerung überwiegend als positiv (73 Prozent) wahrgenommen. Ein Viertel (26 Prozent) empfindet sie hingegen als weniger gut oder schlecht. Bei der Verwendung des für dieses Jahr erwarteten Haushaltsüberschusses sollten aus Sicht der Bevölkerung Investitionen (58 Prozent), z.B. in die Infrastruktur, Vorrang vor Schuldenabbau (22 Prozent) und Steuersenkungen (16 Prozent) haben.

Vom positiven Wirtschaftsumfeld kann die Bundesregierung wenig profitieren: Ähnlich wie im Vormonat beurteilt eine Mehrheit die Arbeit der Bundesregierung kritisch (55 Prozent). Gründe für diese kritische Sicht sind unter anderem, dass die Koalitionspartner aus Sicht von 63 Prozent der Bürger keinen gemeinsamen Kurs haben und die Bundeskanzlerin an Rückhalt in der Regierungskoalition verloren hat (83 Prozent). Mit der Politik der Regierungschefin sind aktuell 45 Prozent der Deutschen zufrieden – ihr niedrigster Wert seit August 2011. Außenminister Steinmeier (73 Prozent), Finanzminister Schäuble (65 Prozent) und der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (56 Prozent) bekleiden wie im Vormonat die drei vorderen Plätze. Eine erneute Kandidatur Angela Merkels für das höchste Regierungsamt fände knapp jeder zweite Wahlberechtigte (46 Prozent) gut. Ähnlich viele (45 Prozent) würden es begrüßen, wenn Sigmar Gabriel für die SPD ins Rennen ginge, wobei er unter den Anhängern der SPD geringeren Rückhalt genießt als Angela Merkel im Lager der CDU. Wenn die Deutschen ihre Regierungschefin bzw. ihren Regierungschef direkt wählen könnten, würden sich 45 Prozent der Deutschen für Amtsinhaberin Merkel entscheiden, 27 Prozent für den SPD-Vorsitzenden Gabriel.

Im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode haben die Regierungsparteien deutlich an sachpolitischem Ansehen verloren. Die Union dominiert zwar nach wie vor die ökonomischen Politikfelder, jedoch wird ihr im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 – mit Ausnahme der Haushaltspolitik – weniger Sachvertrauen entgegengebracht. Auch der Regierungspartner SPD verliert in fast allen abgefragten Politikbereichen, mit am deutlichsten in ihrer klassischen Domäne der sozialen Gerechtigkeit. Angesichts der eher kritischen Bewertungen der Bundesregierung, ihrer wichtigsten Führungspersonen sowie einem zurückgehenden Sachvertrauen in die Regierungsparteien wird ein schwarz-grünes Bündnis (46 Prozent) derzeit ähnlich positiv wie ein schwarz-rotes (45 Prozent) bewertet. Bemerkenswert: Die Anhänger der Union bewerten eine Koalition mit den Grünen etwas besser als ein Bündnis mit der SPD. Umgekehrt fänden auch 71 Prozent der Grünen-Anhänger eine Regierung aus CDU/CDU und Grünen gut.

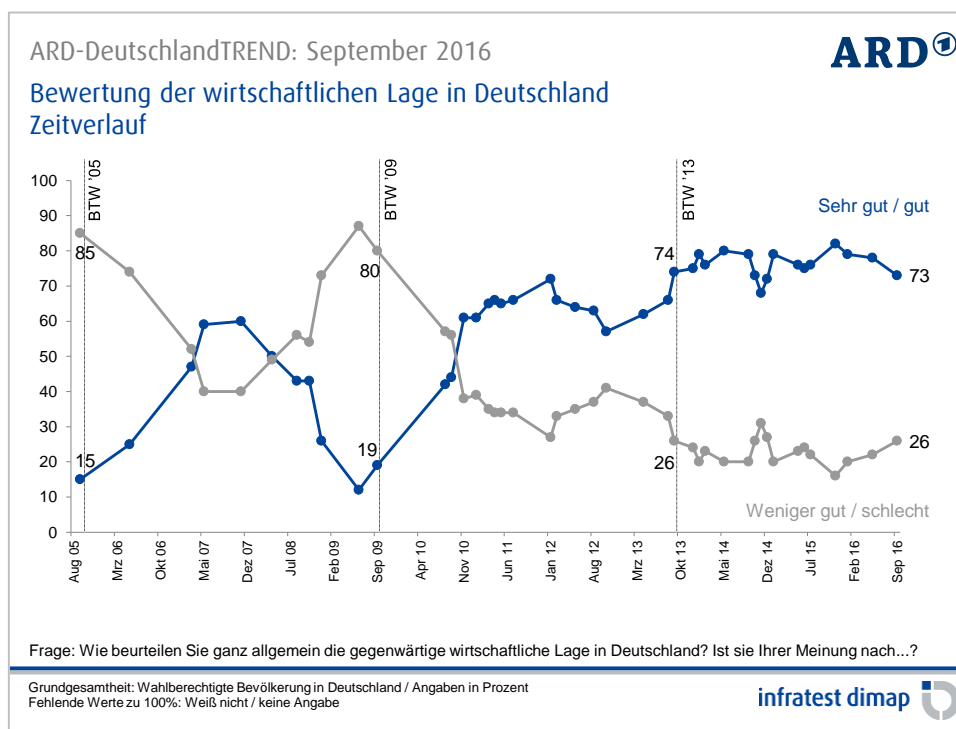
Die politische Stimmung für die Große Koalition ist insgesamt stabil. Aktuell würden sich 33 Prozent der Wähler für die Union entscheiden (-1 im Vergleich zum Vormonat). Die SPD könnte derzeit 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (+1). Die Grünen verlieren 2 Punkte und erreichen nur noch 11 Prozent. Zugleich rückt die AfD mit nun 14 Prozent (+2) auf den dritten Platz vor. Linke (9 Prozent) und FDP (5 Prozent) halten ihre Wähleranteile konstant.

Der aktuell diskutierte Einsatz der Bundeswehr im Inneren, z.B. zur Terrorabwehr, hält eine deutliche Mehrheit der Bürger (69 Prozent) für richtig.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND September 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Wirtschaftliche Lage weiterhin sehr zufriedenstellend

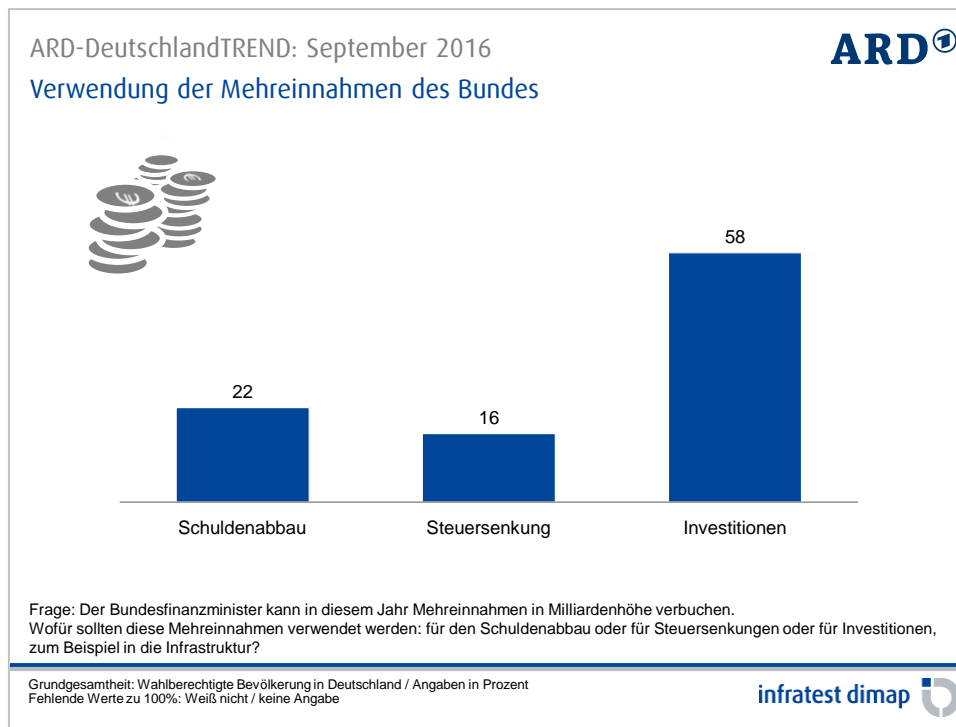
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und der Arbeitslosenquote, deutlich besser als in vielen anderen EU-Ländern. Zudem erzielen Bund und Länder Rekordeinnahmen. Die allgemeine wirtschaftliche Situation wird auch von der Bevölkerung in hohem Maße positiv wahrgenommen: Drei Viertel der Bürger (73 Prozent) halten die ökonomischen Verhältnisse für sehr gut oder gut. Demgegenüber bezeichnet sie ein Viertel (26 Prozent) als weniger gut oder schlecht.



Im Vergleich zum Mai hat sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation zwar leicht abgekühlt - positive Einschätzungen werden um 5 Punkte seltener abgegeben - insgesamt aber bewegt sie sich seit dem Herbst 2013 auf einem hohen Niveau.

Steuermeheinnahmen: Mehrheit für Investitionen

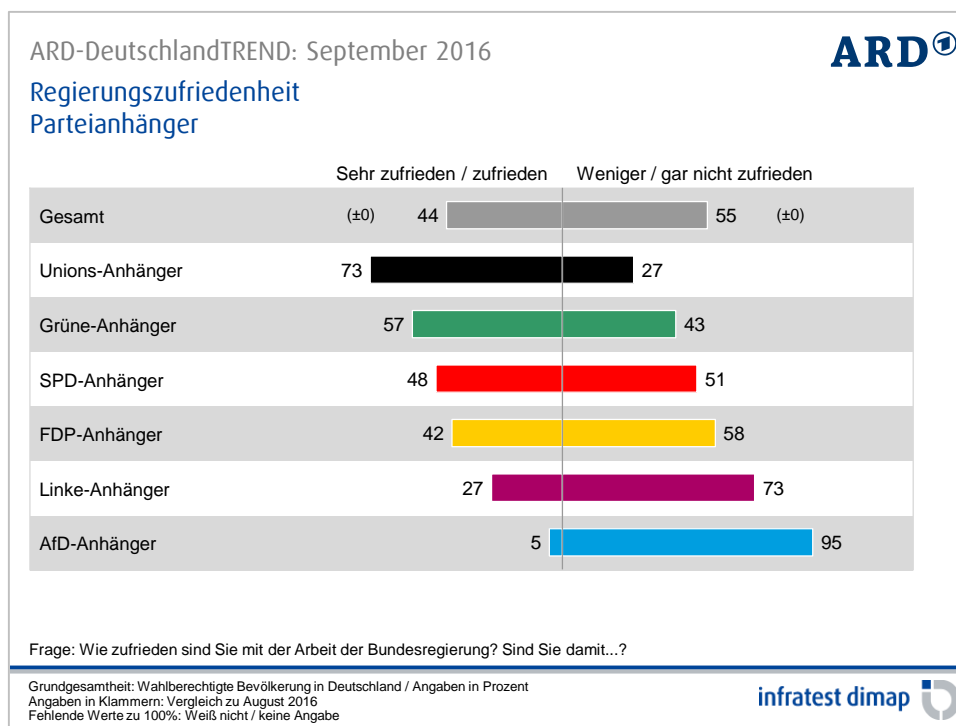
Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird in diesem Jahr Steuermeheinnahmen in Milliardenhöhe verbuchen können. Deshalb gibt es in der Öffentlichkeit bereits eine Debatte über die Verwendung der zusätzlichen Steuermittel. Aus Sicht der Bevölkerung sollten Investitionen dabei Vorrang haben: 58 Prozent plädieren dafür, die zusätzlichen Gelder z.B. für die Infrastruktur auszugeben. Rund ein Fünftel (22 Prozent) ist der Meinung, dass damit der Abbau von Schulden vorangetrieben werden sollte. Lediglich 16 Prozent würden die Meheinnahmen nutzen, um die Steuersätze zu senken.



Bemerkenswert ist dabei, dass Mehrheiten in allen politischen Lagern verstärkte Investitionen favorisieren.

Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit überwiegt weiterhin

Auch im September beurteilt eine Mehrheit der Bürger die Arbeit der Bundesregierung überwiegend kritisch. Aktuell äußern sich 55 Prozent weniger (41 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (14 Prozent) mit der Großen Koalition. Demgegenüber sind 44 Prozent mit dem Wirken der Berliner Koalition sehr zufrieden (3 Prozent) bzw. zufrieden (41 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat hat sich die Einschätzung der Regierungsarbeit kaum verändert.

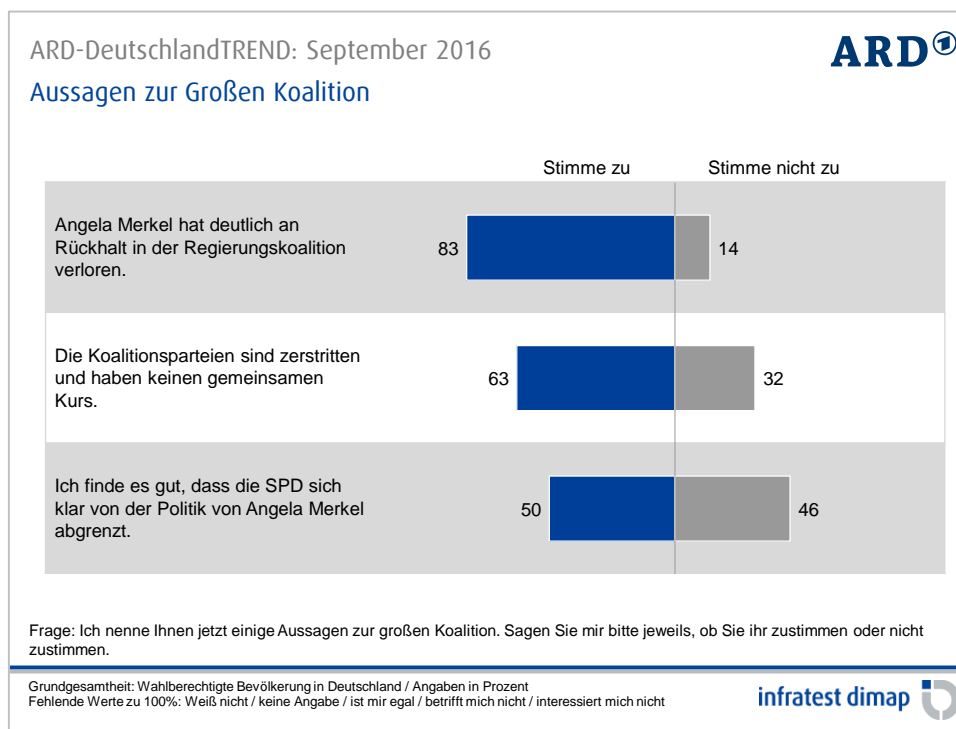


Ganz unterschiedliche Einschätzungen sind in den Lagern der beiden Koalitionsparteien zu erkennen. Während 73 Prozent der Unions-Anhänger mit der Arbeit der Bundesregierung einverstanden sind, überwiegt in den Reihen der SPD die Kritik mit 51 Prozent knapp die positiven Stimmen (48 Prozent).

Das Urteil der Anhänger des Koalitionspartners fällt damit deutlich kritischer aus als in den Reihen der oppositionellen Grünen, die sich mehrheitlich (57 Prozent) positiv über die Leistungen des Kabinetts Merkel äußern. In den Anhängerschaften von FDP, Linken und AfD bilden die Kritiker mit mehr oder minder deutlichem Vorsprung die Mehrheit.

Regierungskoalition in der Kritik

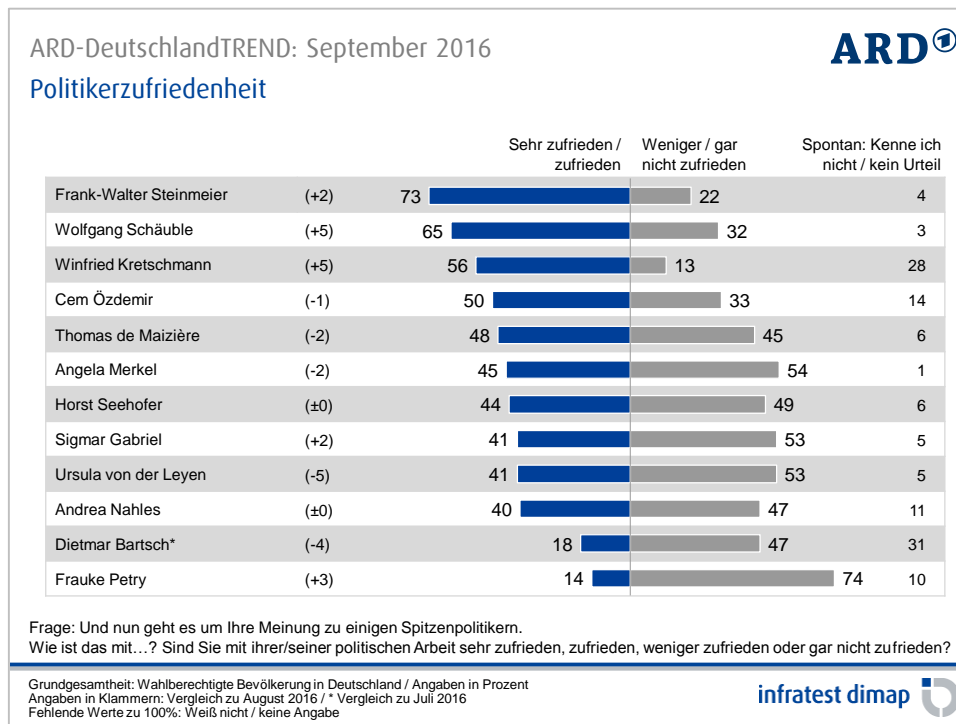
Die überwiegende Kritik an der Bundesregierung lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Koalitionspartner keine Geschlossenheit vermitteln. Knapp zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent) sind der Ansicht, dass die Koalitionsparteien zerstritten sind und keinen gemeinsamen Kurs haben. Unter den Anhängern der Regierungsparteien wird diese Kritik besonders deutlich im Lager der SPD formuliert (59 Prozent), unter den Anhängern von CDU und CSU beklagt jeweils knapp jeder Zweite (47 Prozent) einen fehlenden gemeinsamen Kurs der Großen Koalition. Vier Fünftel der Deutschen (83 Prozent) konstatieren außerdem einen deutlichen Verlust an Rückhalt für die Bundeskanzlerin in der Regierungskoalition. Hier urteilen die Anhänger der CSU in Bayern (82 Prozent) ähnlich kritisch wie die Anhänger der SPD (83 Prozent), aber auch die Anhänger der CDU sehen einen deutlichen Verlust an Rückhalt für die Kanzlerin (73 Prozent).



Dass sich die SPD knapp ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl klar von Angela Merkels Politik abgrenzt, stößt auf ein geteiltes Echo: Die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) begrüßt den Kurs der Sozialdemokraten, 46 Prozent bewertet die Abgrenzung der SPD hingegen als negativ – eine Meinung die insbesondere von Unions-Anhängern (62 Prozent) vertreten wird.

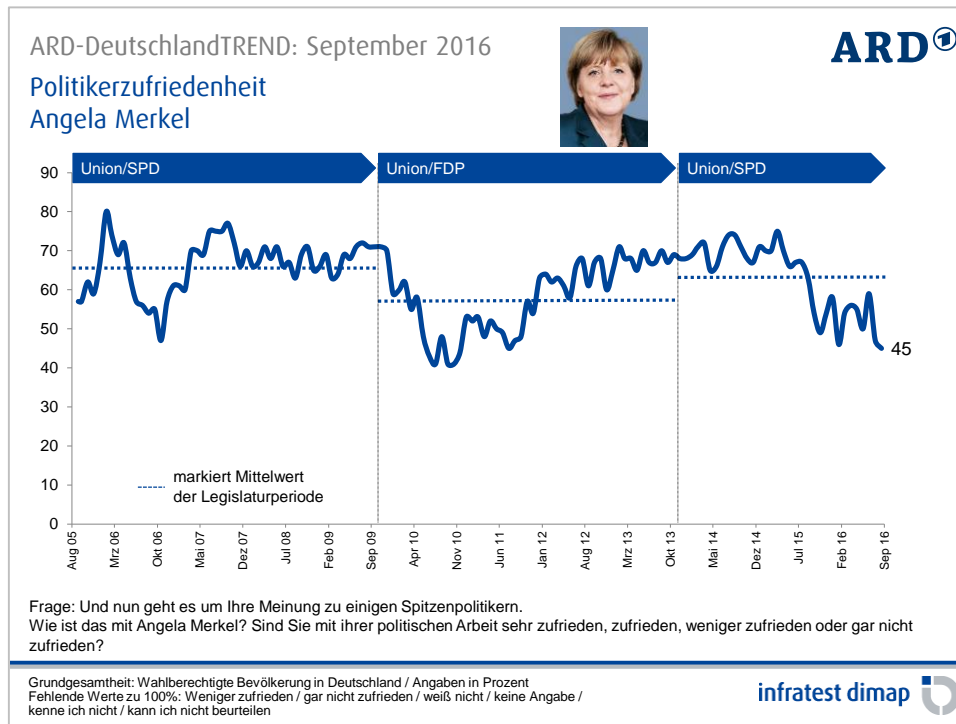
Politikerbewertung: Spitzenplätze für Steinmeier, Schäuble und Kretschmann

Die kritische Wahrnehmung der Bundesregierung geht einher mit einem kritischen Blick auf die Politik der Regierungschefin. Mit der Arbeit von Kanzlerin **Merkel** sind aktuell 45 Prozent der Deutschen zufrieden. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das einen leichten Verlust von 2 Punkten. Mit ihrem niedrigsten Wert seit August 2011 befindet sich die Bundeskanzlerin im Mittelfeld. Wie schon im Vormonat nehmen Außenminister Frank-Walter **Steinmeier** mit 73 Prozent (+2), Finanzminister Wolfgang **Schäuble** mit 65 Prozent (+5) und der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried **Kretschmann** mit 56 Prozent (+5) die drei vorderen Plätze in der Beliebtheitskala der in diesem Monat abgefragten Spitzenpolitiker ein. Dabei vermochten die drei ihre Position jeweils noch zu verbessern.



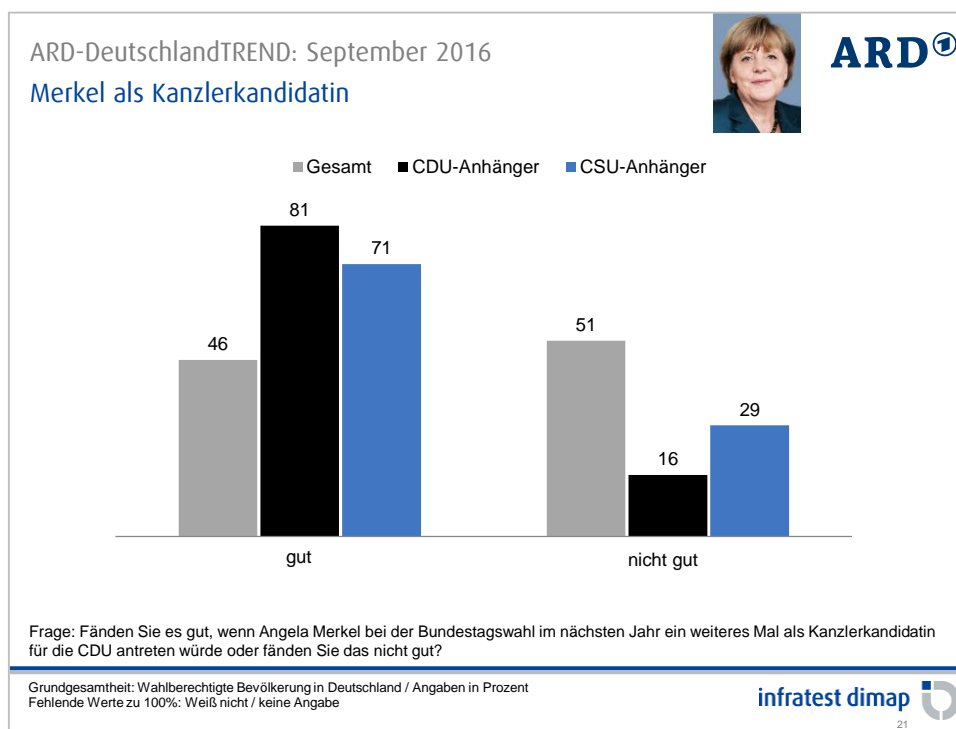
Auf Rang vier folgt ein weiterer Vertreter der Grünen: Der Parteivorsitzende Cem **Özdemir** führt mit einer Zufriedenheitsrate von 50 Prozent (-1) das Mittelfeld an. Innenminister Thomas **de Maizière** muss 2 Punkte abgeben und kommt nun auf 48 Prozent Zustimmung. Nur noch äußerst knapp hinter Merkel platziert sich der bayerische Ministerpräsident Horst **Seehofer**, der unverändert von 44 Prozent für seine Arbeit gelobt wird. Auch der Abstand zwischen Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar **Gabriel** hat sich weiter verringert. Der Wirtschaftsminister erhält von 41 Prozent gute Noten (+2). Ähnliche Zustimmung erfährt Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen** (41 Prozent), die allerdings gegenüber dem Vormonat einen deutlichen Ansehensverlust von 5 Punkten hinnehmen muss. Ihr folgt Arbeitsministerin Andrea **Nahles** mit 40 Prozent wohlwollenden Urteilen. Die beiden letzten Plätze

nehmen der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar **Bartsch** mit 18 Prozent und die AfD-Vorsitzende Frauke **Petry** mit 14 Prozent (+3) ein.



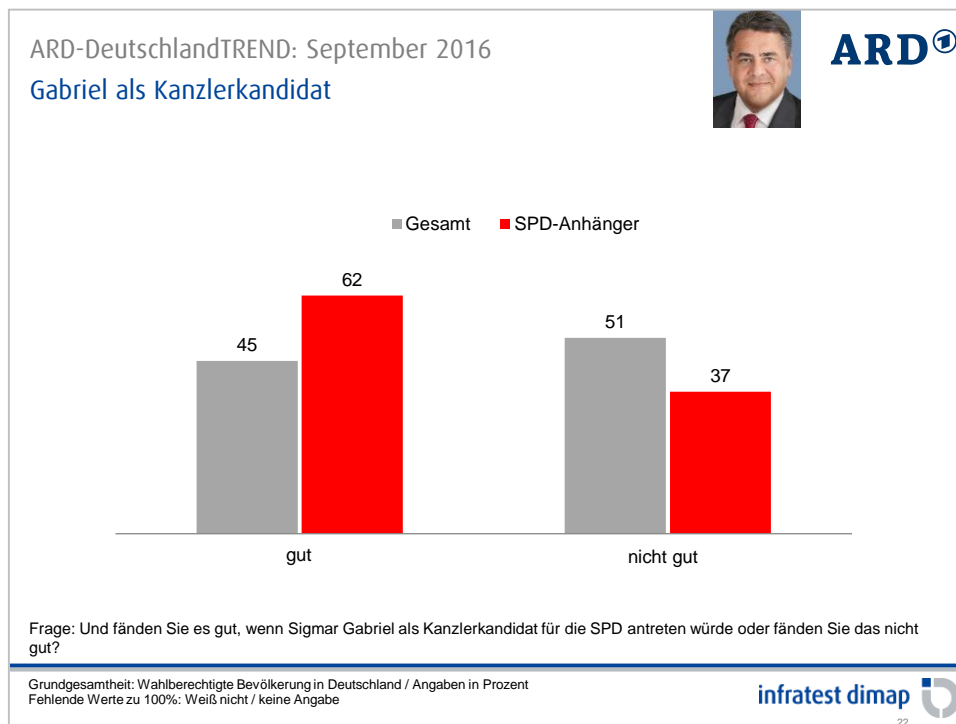
Vier von zehn SPD-Anhänger sehen Kanzlerkandidatur Gabriels skeptisch

Beide großen Parteien haben ihre Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl im September 2017 noch nicht nominiert. Knapp jeder zweite Wahlberechtigte (46 Prozent) fände es gut, wenn Angela Merkel sich erneut um das höchste Regierungsamt bewerben würde. Die andere Hälfte der Bevölkerung fände das nicht gut (51 Prozent).



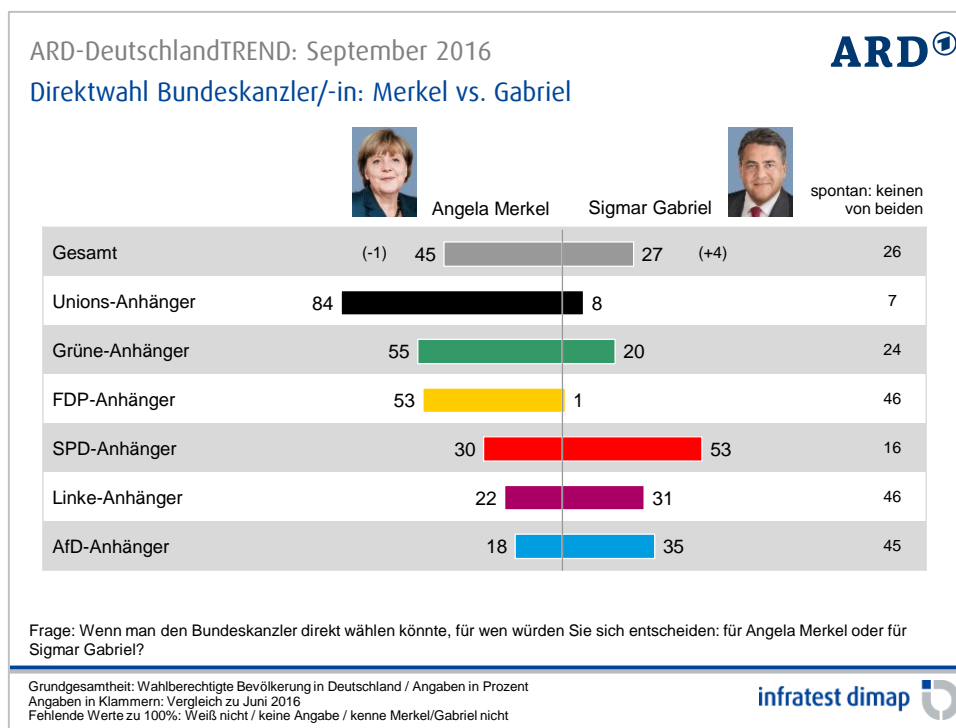
Für eine hohe Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft bei einer Wahl ist der Rückhalt des eigenen Kandidaten von zentraler Bedeutung. In der Unions-Anhängerschaft insgesamt befürworten acht von zehn (79 Prozent) eine vierte Kandidatur der CDU-Vorsitzenden. Allerdings zeigen sich Unterschiede zwischen den Anhängern der beiden Unions-Parteien: Während in Reihen der CDU 81 Prozent eine Spitzenkandidatin Merkel begrüßen, sind es bei den CSU-Anhängern zehn Punkte weniger (71 Prozent).

Auch ein möglicher Kanzlerkandidat Sigmar Gabriel wird von knapp der Hälfte der Wahlberechtigten (45 Prozent) positiv bewertet. 51 Prozent fänden es hingegen nicht gut, wenn der SPD-Parteichef für seine Partei um das Kanzleramt kämpft. In der eigenen Anhängerschaft (62:37 Prozent) fände Gabriels Kandidatur deutlich weniger Rückhalt als die Amtsinhaberin in den Reihen der Unions-Anhänger.



Kanzler-Direktwahl: Merkel rund 20 Punkte vor Gabriel

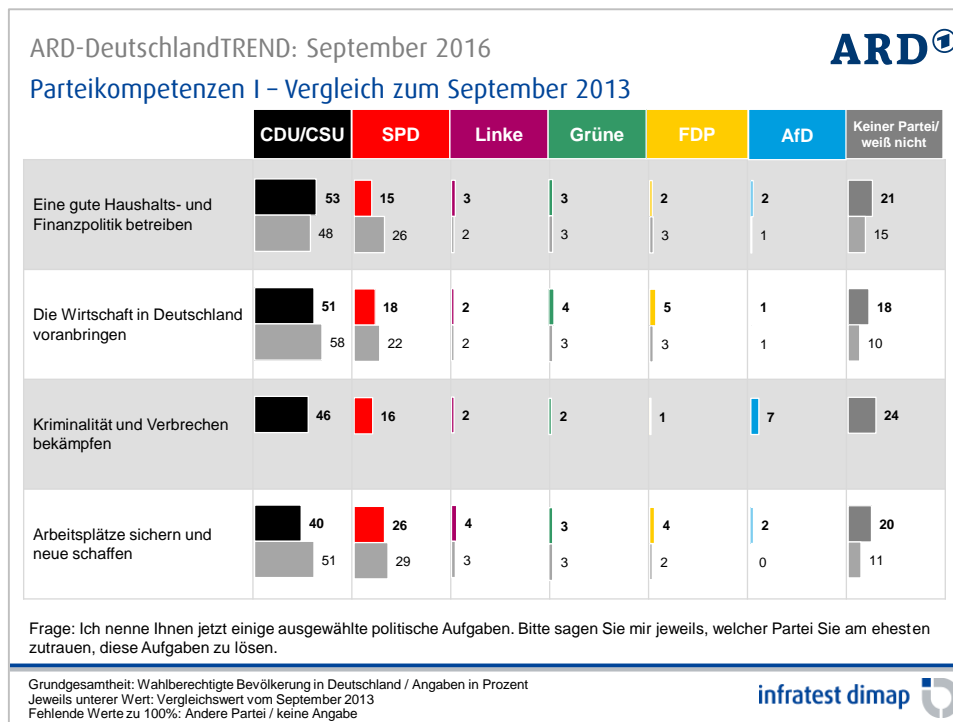
Wenn die Deutschen ihren Regierungschef direkt bestimmen könnten und Angela Merkel und Sigmar Gabriel zur Wahl stünden, würden sich 45 Prozent der Deutschen für die Amtsinhaber entscheiden - minus 1 Punkt im Vergleich zum Juni. Gut ein Viertel (27 Prozent) bevorzugt den SPD-Vorsitzenden, ein Plus von 4 Punkten. Ein weiteres Viertel (26 Prozent) kann oder will sich für keinen der beiden entscheiden.



Der Rückhalt für Angela Merkel fällt in den eigenen Reihen mit 84 Prozent sehr hoch aus. Die Grünen-Anhänger geben Merkel mit 55:20 Prozent deutlich den Vorrang vor Gabriel. Anders als noch im Juni votiert eine Mehrheit der sozialdemokratischen Anhängerschaft nun für den eigenen Parteivorsitzenden (53 Prozent). Allerdings würden drei von zehn SPD-Anhängern die Christdemokratin vorziehen.

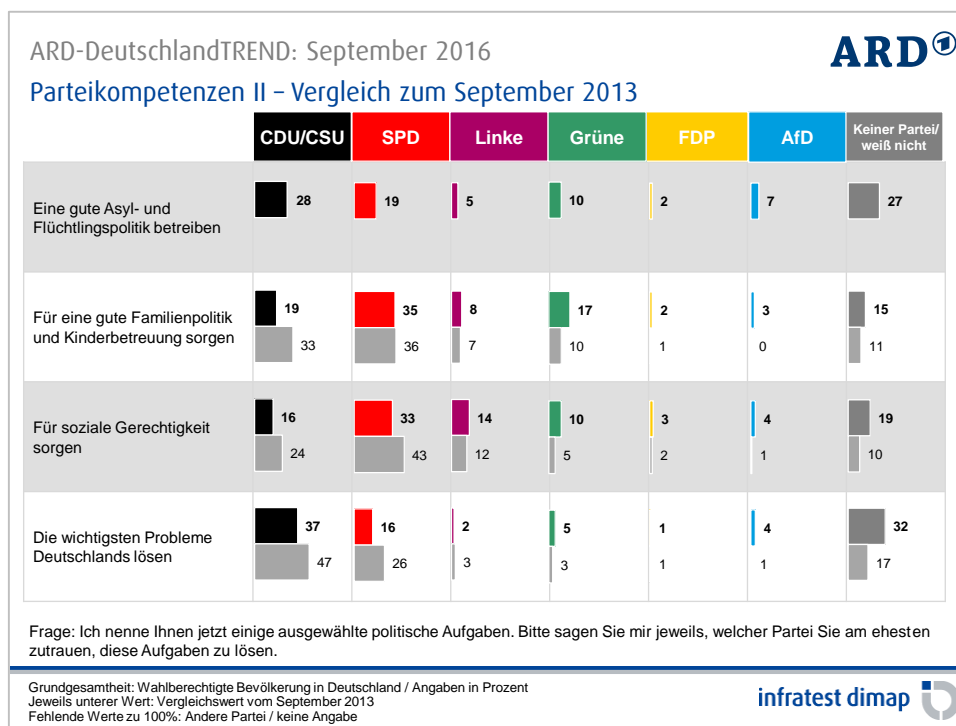
Parteikompetenzen: Regierungsparteien verlieren sachpolitisch an Zutrauen

Im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode haben die Regierungsparteien deutlich an sachpolitischem Ansehen verloren. Eine Ausnahme ist die Finanzpolitik, wo die **CDU/CSU** mit dem aktuellen Haushaltsüberschuss punkten kann: 53 Prozent der Deutschen halten die Union für die kompetenteste Partei in diesem Politikfeld (+5 Punkte im Vergleich zu 2013). Daneben dominiert die CDU/CSU zwar nach wie vor die ökonomischen Politikfelder, jedoch wird ihr im Vergleich zur Bundestagswahl weniger Sachvertrauen entgegengebracht. In der Wirtschaftspolitik setzt derzeit jeder Zweite (51 Prozent) auf die Union, vor drei Jahren vertrauten ihr noch 58 Prozent der Deutschen in Fragen der Wirtschaft. Noch deutlicher fällt der Ansehensverlust im Bereich der Arbeitsmarktpolitik aus, wo derzeit 40 Prozent (-11 Punkte) der CDU/CSU das größte Sachvertrauen entgegenbringen. Klarer Kompetenzführer ist die Union im Bereich Innere Sicherheit (46 Prozent)¹. Deutlich rückläufiges Vertrauen für die CDU/CSU ist hingegen in der Familien- (19 Prozent, -14) und Sozialpolitik (16 Prozent, -8) zu beobachten. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wird der Union im Vergleich zu den anderen Parteien zwar am meisten Sachkompetenz zugeschrieben (28 Prozent), zugleich ist der Anteil derer, die in dieser Frage bei keiner Partei überzeugende Lösungsansätze sehen, mit 27 Prozent besonders hoch.



¹ Für die Themen „Innere Sicherheit“ und „Asyl-/Flüchtlingspolitik“ liegen keine Vergleichswerte aus 2013 vor.

Auch der Regierungspartner **SPD** verliert im Vergleich zu 2013 in fast allen Politikbereichen. In der Familienpolitik genießen die Sozialdemokraten zwar ähnliches Vertrauen wie kurz vor dem letzten Wahlgang (35 Prozent, -1) und sind in dem von Manuela Schwesig geführten Ressort damit klarer Kompetenzführer. In ihrer klassischen Domäne, dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, verlieren sie jedoch deutlich an Zutrauen (33 Prozent, -10). In den von SPD-Ministern geführten Ressorts Wirtschaft (18 Prozent, -4) und Arbeit (26 Prozent, -3) konnte sich die Partei im Verlauf der Legislaturperiode nicht stärker profilieren und bleibt deutlich hinter der Union zurück.

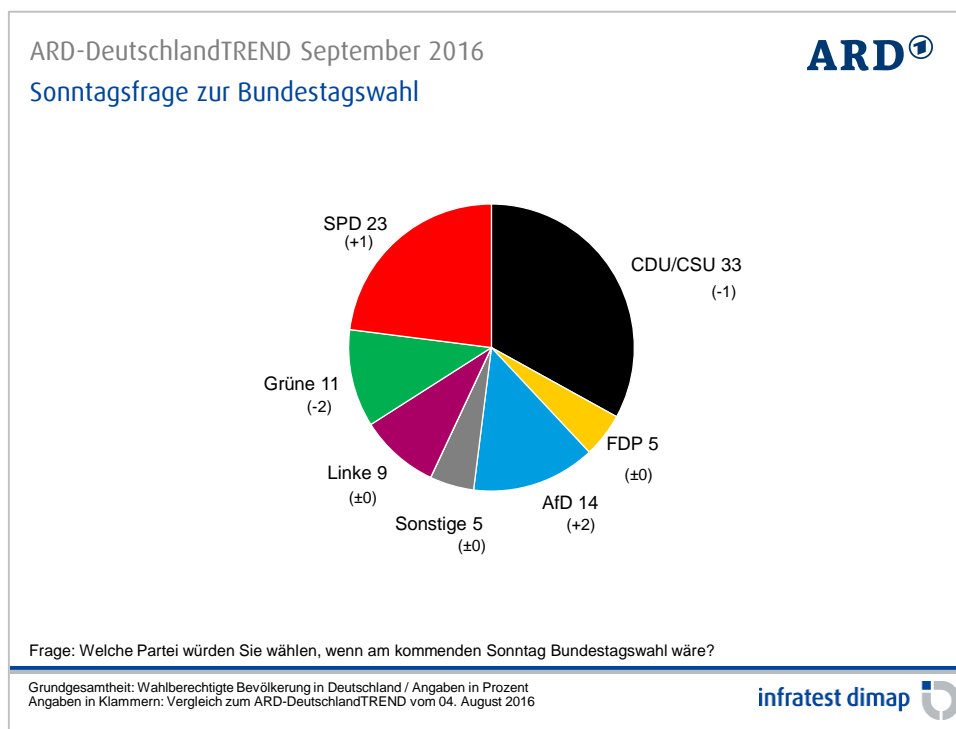


Während die **Linke** nahezu unverändert ihre Schwerpunkte bei sozialer Gerechtigkeit (14 Prozent, +2) und in der Familienpolitik (8 Prozent, +1) hat, konnten die **Grünen** ihr Profil in diesen beiden Bereichen schärfen (Familienpolitik 17 Prozent, +10; Soziales 10 Prozent, +5). Jeder Zehnte traut ihnen eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik (10 Prozent) zu. Das Sachvertrauen in die **FDP** hat in der Wirtschafts- (5 Prozent, +2) und Arbeitsmarktpolitik (4 Prozent, +2) etwas zugenommen. Die **AfD** hat ihre Kompetenzschwerpunkte im Themenfeld Innere Sicherheit sowie in der Asyl-/Flüchtlingspolitik (jeweils 7 Prozent).

In der **summarischen Bewertung**, welche Partei die wichtigsten Probleme in Deutschland zu lösen vermag, schneidet die Union schwächer als vor drei Jahren ab (37 Prozent, -10). Gleiches gilt für die SPD (16 Prozent, -10). Zugleich hat sich der Anteil der Wahlberechtigten, die dies keiner Partei zutrauen, nahezu verdoppelt (32 Prozent, +15).

Sonntagsfrage: Regierungskoalition stabil, AfD drittstärkste Kraft

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ist die politische Stimmung für die Große Koalition insgesamt stabil. Aktuell würden sich 33 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Union entscheiden, im Vergleich zum Vormonat ein Minus von 1 Punkt. Die SPD könnte derzeit 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, was einem Plus von 1 Punkt entspricht. Die Grünen verlieren 2 Punkte und erreichen nur noch 11 Prozent. Zugleich rückt die AfD aufgrund eines Zuwachses von 2 Punkten mit nun 14 Prozent auf den dritten Platz vor. Linke (9 Prozent) und FDP (5 Prozent) halten ihre Wähleranteile konstant. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent.

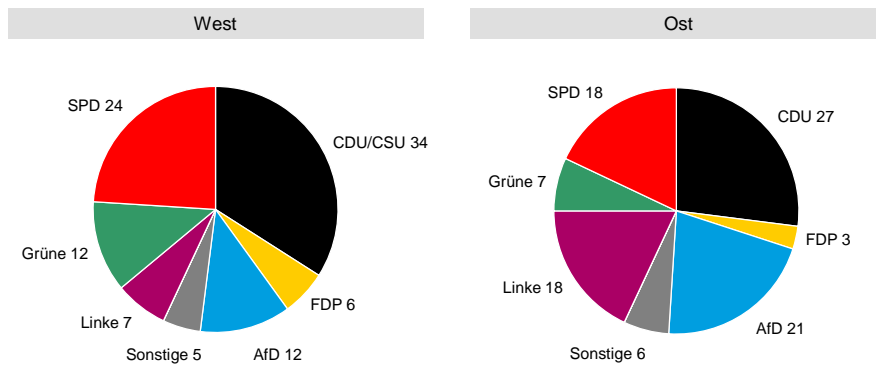


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND September 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

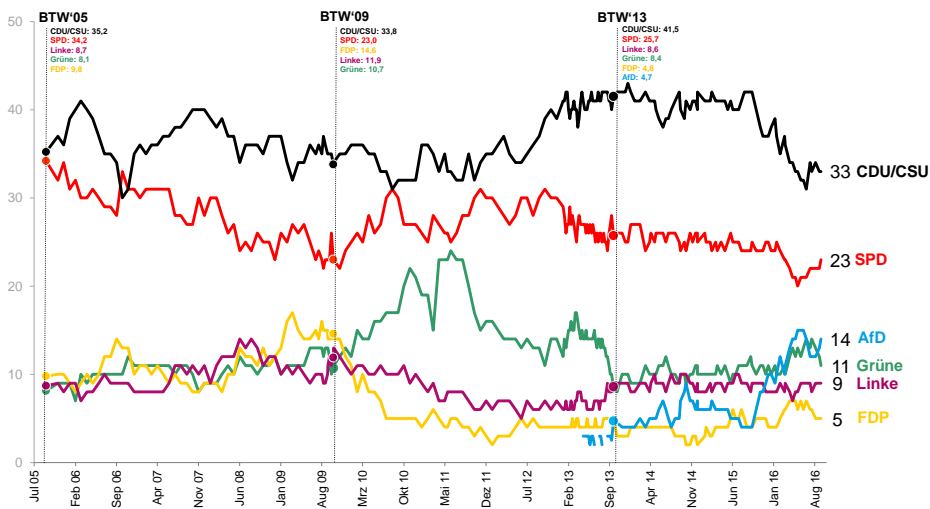
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND September 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



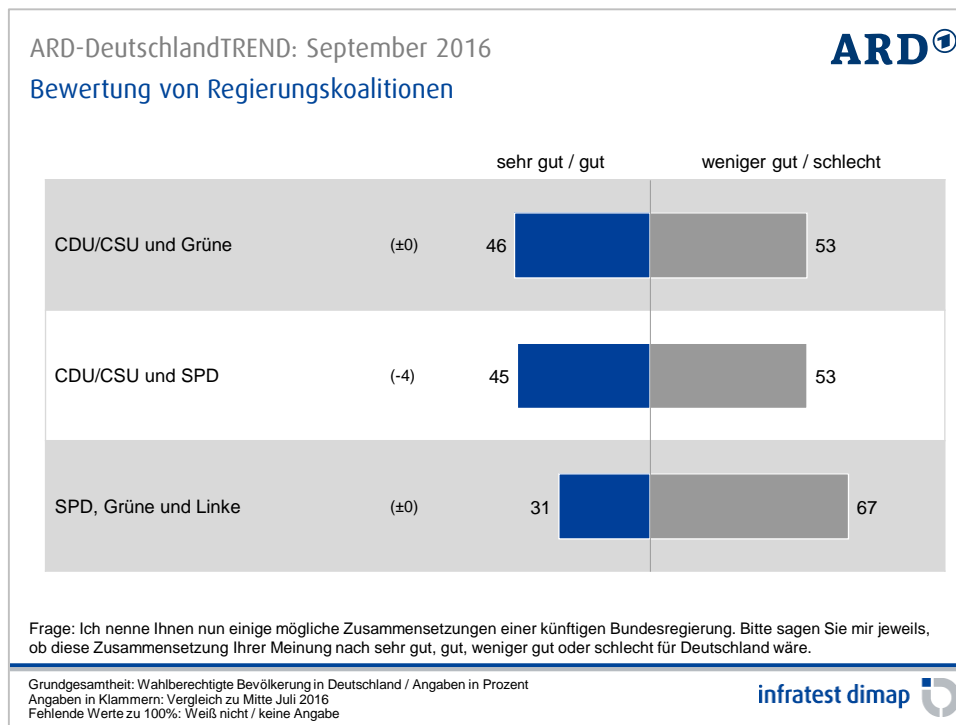
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



Bewertung von Koalitionen: Fast jeder Zweite findet Schwarz-Grün gut

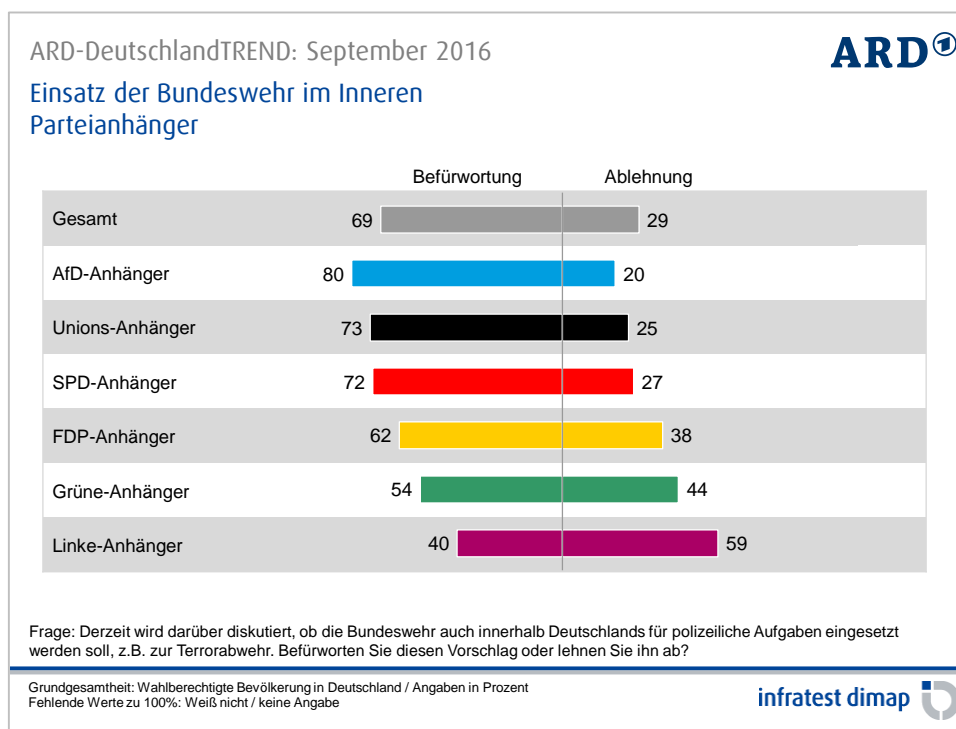
Angesichts mäßiger Bewertungen der Bundesregierung und ihrer wichtigsten Führungspersonen sowie einem zurückgehenden Sachvertrauen in die beiden großen Parteien glaubt fast jeder zweite Wahlberechtigte (46 Prozent), dass eine Koalition aus Union und Grünen künftig sehr gut bzw. gut für Deutschland wäre. 53 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Damit versprechen sich von einem schwarz-grünen Bündnis ähnlich viele Bürger positive Impulse für das Land wie von einer Fortsetzung der schwarz-roten Regierung aus Union und SPD (45:53 Prozent). Deutlich weniger Zuspruch findet ein Dreier-Bündnis aus SPD, Grünen und Linken: Lediglich ein knappes Drittel der Deutschen schätzt dies als eine gute Regierungszusammensetzung für Deutschland ein, zwei Drittel sehen das kritisch (31:67 Prozent).



Bemerkenswert ist, dass in der Anhängerschaft der Union ein Bündnis ihrer Partei mit den Grünen (76 Prozent) sogar positiver bewertet wird als das derzeit amtierende Bündnis mit den Sozialdemokraten (71 Prozent). Umgekehrt fänden auch 71 Prozent der Grünen-Anhänger eine schwarz-grüne Regierung gut.

Einsatz der Bundeswehr im Inneren weithin befürwortet

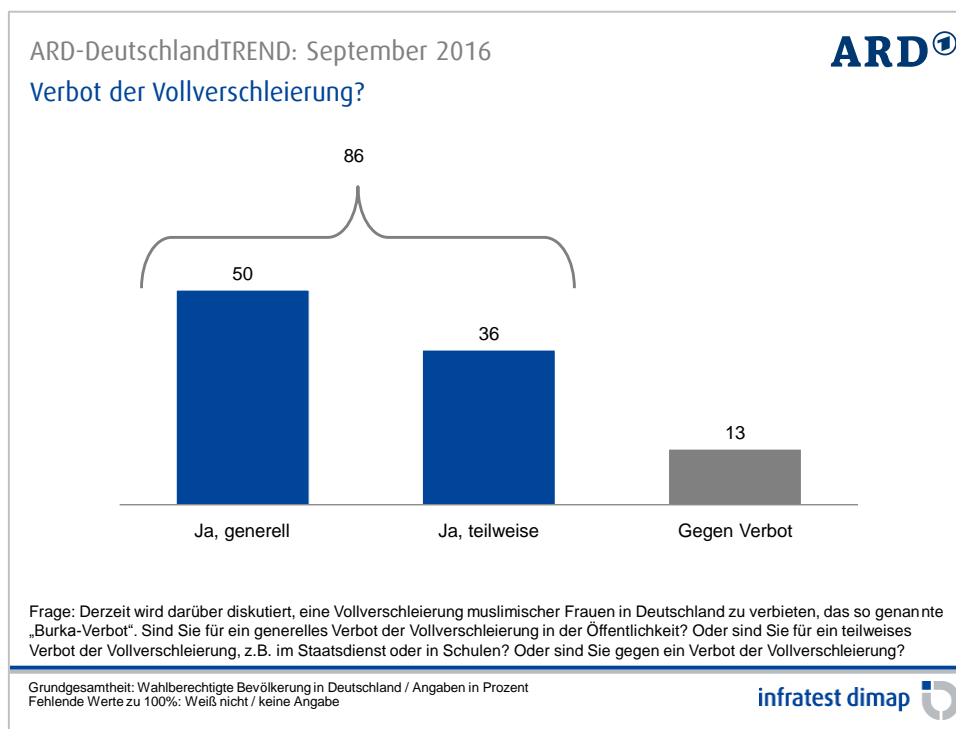
Seit den jüngsten Terroranschlägen wird darüber diskutiert, ob die Bundeswehr auch im Inneren für polizeiliche Aufgaben eingesetzt werden soll. Dies ist bisher wegen eines strengen Verfassungsvorbehalts im Grundgesetz nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die Ausweitung der Kompetenz der Streitkräfte für polizeiliche Aufgaben, z.B. zur Terrorabwehr, hält eine deutliche Mehrheit von 69 Prozent der Bürger für richtig, 29 Prozent lehnen sie hingegen ab.



Sollte das Vorhaben in die Tat umgesetzt werden, dann hätte es die mehrheitliche Unterstützung in den Anhängerschaften aller Parteien, mit Ausnahme der Linken, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren überwiegend kritisch sehen.

Breite Mehrheit für ein Verbot der Vollverschleierung

In Frankreich und Belgien ist es muslimischen Frauen seit längerem verboten, in der Öffentlichkeit eine Burka zu tragen. Derzeit wird auch in Deutschland über ein Verbot der Vollverschleierung diskutiert und die CDU-Innenminister in den Bundesländern haben dazu ein Konzept vorgelegt, das ein Verbot der Vollverschleierung in bestimmten Bereichen vorsieht. Die Haltung der Bevölkerung zu dieser Frage fällt eindeutig aus: Lediglich 13 Prozent lehnen ein Verbot der Vollverschleierung grundsätzlich ab. Jeder zweite Bürger (50 Prozent) befürwortet hingegen ein generelles Verbot und weitere 36 Prozent halten ein teilweises Verbot, z.B. im Staatsdienst oder in Schulen, für richtig.



In allen politischen Lagern finden sich Mehrheiten für ein Verbot, wobei sich einzig die Anhängerschaft der AfD mit einer Mehrheit für eine generelles Verbot ausspricht.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert